



HESSISCHER LANDTAG

01. 10. 2020

Kleine Anfrage

Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) vom 22. Juni 2020**Praktische Auswirkungen der Beschlüsse des Runden Tisches Tierwohl****und**

Antwort

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorbemerkung Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die als freiwillige Vereinbarungen gefassten Beschlüsse des Runden Tisches Tierwohl (RTT) zielen insbesondere darauf ab, den Tierschutz durch die am RTT beteiligten Gremien gemeinsam zu stärken und durch die Eigenverantwortung der hessischen Landwirtinnen und Landwirte sowie der Nutztierhalterinnen und -halter zu verbessern wie auch tierschutzrechtlich zulässige Eingriffe an Tieren zu vermeiden. So konnten bereits branchenübergreifende Vereinbarungen zu verschiedenen Themen getroffen werden, wie z.B. zum Einsatz von Antibiotika zur Euterbehandlung von Milchkühen, zur Ablehnung der Kastration ohne Betäubung bei Wiederkäuern, zum Kürzen der Schwänze bei Schafen, die Vermeidung der Schlachtung tragender Rinder oder den Ausstieg aus dem Kürzen der Schnäbel bei Legehennen. Im Rahmen dieser Vereinbarungen wurden ganz konkrete Vorgaben erarbeitet, auf die sich die entsprechenden Akteure gemeinsam einigten. Diese gehen teilweise über bundesgesetzliche Vorgaben hinaus. Im Rahmen dieser Vereinbarungen wurde hingegen nicht vereinbart, etwaige Fallzahlen zu dokumentieren um eine Nachweisbarkeit herzustellen, da die Vereinbarungen auf freiwilliger Basis geschlossen wurden. Die nachfolgenden Antworten beruhen daher auf den Erfahrungswerten der Beraterinnen und Berater des Landesbetriebs Landwirtschaft Hessen (LLH), die die getroffenen Vereinbarungen mit auf den Weg gebracht haben.

Für weitere Informationen verweise ich daher auf die Broschüre sowie die Vereinbarungen, welche unter folgendem Link abzurufen sind:

→ https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/tierwohl_in_hessen_bf.pdf

Diese Vorbemerkung vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Wie stark ist der Anteil der schnabelgekürzten Legehennen an der Anzahl aller Legehennen in Hessen durch die Vereinbarung zum Ausstieg aus dem Schnabelkürzen bei Legehennen gesunken?

Die Schnäbel von Legehennenküken wurden kupiert, um das Risiko von Kannibalismus und Federpicken unter Legehennen zu reduzieren. Die Maßnahme stand seit Langem als eine Anpassung der Tiere an das Haltungssystem in der Kritik. Das Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) hat im August 2016 mit dem Hessischen Geflügelwirtschaftsverband die Vereinbarung zum Ausstieg aus dem Schnabelkürzen bei Legehennen unterzeichnet. In Kenntnis der Komplexität der Haltung unkupierter Legehennen führte die Vereinbarung bewusst auch flankierende Maßnahmen in der Beratung zur Umstellung der Betriebe ein. In diesem Zusammenhang wurden vom HMUKLV beim Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen (LLH) zwei zusätzliche Mitarbeiterstellen für die Tierwohlberatung im Bereich Geflügel geschaffen. Die eingestellten Fachberaterinnen verfügen über ein Höchstmaß an Know-how hinsichtlich der Vielzahl an Komponenten, die bei der Haltung unkupierter Legehennen miteinander interagieren. Die Beraterinnen sind mit einer andauernd hohen Nachfrage nach betrieblichen Einzelberatungen aber auch Seminaren und Lehrgängen beschäftigt. Die Nachfrage nach Beratungen und Schulungen ist ungebrochen. Für verschiedene Seminarinhalte bestehen mittlerweile Wartelisten.

Als Ergebnis der freiwilligen Vereinbarung zum Ausstieg aus dem Schnäbelkupieren kann aktuell nach Kenntnis des LLH von einem Anteil von annähernd 100% Legehennen mit intaktem Schna-

bel ausgegangen werden. Durch die flankierenden Maßnahmen seitens der Beratung konnten negative Auswirkungen des Kupiervorzichts (Zunahme von Federpicken und Kannibalismus) weitestgehend vermieden werden. Die hessischen Betriebe haben dabei wesentlich von den Erfahrungen profitiert, die beim LLH durch die Betreuung der bundesweiten Modell- und Demonstrationbetriebe Tierschutz gewonnen wurden.

Frage 2. Welchen messbaren Erfolg hat die Vereinbarung zur Vermeidung der Schlachtung tragender Rinder für das Wohl der Rinder bisher?

Die Schlachtung tragender Rinder im letzten Drittel der Gravidität war zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der freiwilligen Vereinbarung im Mai 2017 tierschutzrechtlich nicht verpflichtend geregelt. Zum Schutz von Rinderföten vor Leiden und Schmerzen hat das HMUKLV über den Runden Tisch Tierwohl die freiwillige Vereinbarung angeregt und initiiert. In der Vereinbarung sind umfangreiche Vorgaben zur Eigenkontrolle und Kommunikation zwischen den einzelnen Mitgliedern der Handelskette vorgesehen. Beteiligte Akteure sind die tierhaltenden Betriebe, die betreuenden Tierärzte, die Vermarkter bzw. Transportunternehmen, die Schlachtbetriebe und die zuständigen Veterinärbehörden.

Die tierhaltenden Betriebe sind von den unterzeichnenden Zuchtunternehmen in Vortragsveranstaltungen über die Inhalte der Vereinbarung und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen informiert worden. Der LLH hat ergänzend flächendeckend in Veranstaltungen von Milchvieh- und Mutterkuharbeitskreisen über die betrieblichen Eigenkontrollen und den Umgang mit kranken Rindern bis hin zur Nottötung aufgeklärt.

Als Ergebnis dieser gemeinsamen Anstrengungen ist festzustellen, dass sich die Anzahl geschlachteter gravider Kühe im letzten Drittel der Trächtigkeit nach Kenntnis des LLH auf Einzelfälle reduziert.

Hessen hat mit der freiwilligen Vereinbarung eine Vorreiterrolle übernommen. Mittlerweile ist dies bundesweit aufgenommen worden und hat dazu geführt, dass bei der Novellierung des Tiererzeugnissehandelsverbotsesetzes (TierErzHaVerbG) explizit ein Verbot der Schlachtung tragender Rinder aufgenommen wurde.

Frage 3. Inwieweit ist die Zahl der Amputationen durch die Vereinbarung zu Lämmerschwanzamputationen verringert worden?

Nach Kenntnis des LLH ist davon auszugehen, dass nahezu alle Mastlämmer in Hessen nicht mehr kupiert werden.

Frage 4. Werden in Hessen Lämmerschwänze nur noch bei weiblichen sowie männlichen Zuchttieren, mit gleichzeitiger Schmerzbehandlung und ggf. Sedierung bis zum dritten Lebenstag amputiert?

- Wenn nein, warum nicht?
- Welchen messbaren Erfolg hatte die Hessische Vereinbarung zur Ablehnung der betäubungslosen Kastration mit der Burdizzo-Zange bei Wiederkäuern bisher?
- Welchen messbaren Erfolg hatte die Hessische Vereinbarung zu Handlungsempfehlungen zum Antibiotikaeinsatz zur Behandlung von Eutererkrankungen und beim Trockenstellen von Milchkühen bisher?

Die Schwänze von Lämmern wurden über einen langen Zeitraum zur Minderung des Befalls mit Fliegenmaden und aus Gründen der verbesserten Zuchtthygiene kupiert. Für das Kupieren von bis zu 8 Tage alten Lämmern ist der Einsatz elastischer Gummiringe zulässig.

In einer Vielzahl von Veranstaltungen und Fortbildungsformaten haben die Zuchtverbände und der LLH Schafhalter hinsichtlich der Haltung und des Managements von langschwänzigen Schafen geschult und beraten. Hierzu gehört die Information über Prophylaxemaßnahmen wie Schwanzschur, Vermeidung von abrupten Futterumstellungen, zusätzliche Raufuttergabe, Optimierung des Parasitenmanagements und Einsatz von Herdenmanagementprogrammen zur Verbesserung der Herdenführung. Als Ergebnis dieser Maßnahmen werden nach Kenntnis des LLH annähernd 100 % der Mastlämmer nicht mehr kupiert und als Langschwanzschafe gehalten. Bei den für die Zucht vorgesehenen Schafen wird darauf geachtet, dass nach dem Kupieren der verbleibende Schwanz After und Scheide vollständig bedeckt.

Zu Frage 4 a: Bei dem Kürzen der Schwänze ist der Einsatz elastischer Gummiringe die vorherrschende Methode. Eine Schmerzmittelgabe und Sedierung ist bei der Kupiermethode mit Gummiringen nach neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht zielführend. Aktuelle Untersuchungen zufolge ist eine Schmerzminderung bei der Lämmerschwanzamputation, durch einen möglichst weit caudal gesetzten Gummiring zu erzielen.

Zu Frage 4 b: Nach Kenntnis des LLH werden Kastrationen mit der Burdizzo-Zange bei Wiederkäuern nur unter Lokal-Anästhesie durchgeführt.

Zu Frage 4 c: In Hessen wird in immer mehr Betrieben das Konzept des selektiven Trockenstellens angewendet. Die Anwendung antibiotischer Trockensteller wird auf Tiere beschränkt, bei denen zum Zeitpunkt des Trockenstellens Euterinfektionen bestehen. Die höchste Einsparung wird erreicht, wenn nur interne Zitzenversiegler zum Trockenstellen angewendet werden, bzw. wenn selbst auf diese verzichtet werden kann. Für Laktationsbehandlungen findet das Konzept der selektiven Mastitistherapie Anwendung. Dabei wird die individuelle Therapie dem Schweregrad der aktuellen Mastitis, dem Ergebnis der bakteriologischen Untersuchung und der Krankheitsgeschichte angepasst. In leichten Fällen wird ein Antibiotikum nicht angewendet.

Die praktischen Erfahrungen der Milchhygieneüberwachung des RP Gießens und des LLH werden bei einer geplanten Aktualisierung dieser Vereinbarung durch den Runden Tisch Tierwohl miteinfließen.

Wiesbaden, 23. September 2020

Priska Hinz